



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**21. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) vom 26. bis 28. August 2012 in
St. Petersburg (Russische Föderation)**

Die 21. Ostseeparlamentarierkonferenz hat in St. Petersburg eine EntschlieÙung verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Klaus Schlie



Entschließung der Konferenz

Angenommen von der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Gesetzgeber der Ostseeanrainerstaaten*, die sich in St. Petersburg (Russische Föderation) vom 26. bis 28. August 2012 versammelt haben,

in Erörterung der Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltgesundheit und Energie", "Eine gesunde und sichere Ostsee" und "Gesundheit, Soziales und wirtschaftliche Entwicklung",

A. unter Hervorhebung der Tatsache, dass die parlamentarische Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu demokratischen, transparenten und inklusiven Prozessen sowie zu praktischen und positiven Resultaten im täglichen Leben der Menschen beiträgt;

B. in Würdigung der engen, pragmatischen und produktiven Interaktion zwischen dem Ostseerat (CBSS) und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und der weitgehenden Synchronisierung der politischen Prioritäten und des fortwährenden Austauschs auf allen Ebenen;

C. in Würdigung der Durchführung der ersten Jugendparlamentssitzung mit dem Titel "Baltic Sea Youth Session" im April 2012 in Berlin, die im Rahmen der deutschen Ostseeratspräsidentschaft stattfand; die nachfolgenden Ostseeratspräsidentschaften auffordernd, die Organisation dieser "Baltic Sea Youth Sessions" fortzuführen und gemeinsam mit dem Ostseerat die Teilnahme von fünf Delegierten dieses Jugendparlaments bei den jährlichen Konferenzen des Ostseerates zu garantieren, um junge Menschen in die parlamentarischen Debatten über die Zukunft der Ostseeregion zu integrieren,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU sowie weitere Organisationen, die Zivilgesellschaft, den privatwirtschaftlichen Sektor, die Gemeinschaften und nichtstaatliche Organisationen auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Ostseeregion

1. die Interaktion und Zusammenarbeit bei der Umsetzung der "Sozioökonomischen Entwicklungsstrategie für Nordwestrussland" der Russischen Föderation und weitere allgemeine politische Maßnahmen in der Ostseeregion, z.B. die EU-Ostseestrategie und die Nördliche Dimension, zu fördern;

2. die Politik der Nördlichen Dimension und ihre weitere Diversifizierung in neue operative Bereiche laufend zu unterstützen, um alle Akteure in der Region gleichberechtigt einzubeziehen und gegebenenfalls den Zugang zu EU-Projekten für alle relevanten Akteure zu gewährleisten;

3. dem Ostseerat stabile und langfristige Ressourcen zur Verfügung zu stellen und den laufenden Dialog mit der Ostseeparlamentarierkonferenz über politische Prioritäten und operative Aktivitäten weiterhin zu unterstützen;

4. rechtzeitig ausreichende Ressourcen für die vollständige Umsetzung des Projekts "SEBA" (Modernisierungspartnerschaft für den südöstlichen Ostseeraum), dessen Ziel die Verbesserung der Zusammenarbeit in Bereichen wie nachhaltige Entwicklung, Tourismus, Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor und Jugend ist, bereitzustellen;
5. eine bewusste Arbeitsteilung zwischen den Akteuren in der Region zu fördern, um ihre komparativen Vorteile zu stärken, Prioritäten zu synchronisieren und gegenseitigen Kompetenzen zu ergänzen; Kooperationsinitiativen wie das "Maritime Joint Event" in den Jahren 2011 und 2012 sollten als Vorbild für weitere Themenbereiche unterstützt werden;
6. Toleranz, gegenseitige Achtung und Meinungsfreiheit zu fördern und die Menschenrechte in der gesamten Ostseeregion und in ihrer Nachbarschaft zu stärken;
7. die Bemühungen um die schrittweise Beseitigung von Hindernissen für die Bewegungsfreiheit der Menschen in der Region entsprechend den Ergebnissen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Rahmen eines Visumsdialogs und allmählichen Auslaufens des Visaregimes zwischen der EU und Russland fortzusetzen und so schnell und umfassend wie möglich Visaerleichterungen für Wissenschaftler, Studierende, Forscher, Sportler, Auszubildende und Jugendliche zu fördern;

im Hinblick auf die Umweltgesundheit, Zusammenarbeit in Energiefragen und energieeffiziente Wirtschaft

8. das Espoo-Übereinkommen (Übereinkommen der EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen) von den Staaten ratifizieren zu lassen, die dies noch nicht getan haben;
9. das Ballastwasserübereinkommen (Internationales Übereinkommen zur Überwachung und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen von 2004) von den Staaten ratifizieren zu lassen, die dies noch nicht getan haben
10. alle von den Regierungen der Ostseeregion im Jahr 2007 in Krakau angenommenen Verpflichtungen nach dem HELCOM-Ostseeaktionsplan, mit denen der gute ökologische Status der Ostsee bis 2021 wiederhergestellt werden soll, vollständig umzusetzen, die Zielsetzungen für das HELCOM-Ministertreffen im Herbst 2013 bezüglich der Reduzierung der in die Ostsee abgelassenen Phosphor- und Nitratmengen zu erweitern und sich aktiv für die Koordinierung der Aktivitäten mit der Oslo-Paris-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR) im Hinblick auf die Förderung von Initiativen zur Verminderung der Schiffsabfallmenge in den Ostseeregionen sowie im Nordwestatlantik und im Ärmelkanal einzusetzen;
11. im Rahmen der Verbesserung der Gesundheit und Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee Maßnahmen durchzuführen, um die Quellen der Verschmutzung durch Abwässer im Wassereinzugsgebiet der Ostsee zu beseitigen, z.B. durch die Modernisierung von Klärsystemen und kommunalen Abwasseranlagen;
12. zur Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien bei der Verarbeitung tierischer Abfälle und bei der Geflügelzucht beizutragen;
13. die Verminderung des Zustroms biogener Stoffe in die Ostsee durch Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien für den Umgang mit Abfällen aus der Viehzucht einschließlich der Geflügelzucht und den allmählichen Rückgang der Nutzung von Polyphosphaten in synthetischen Wasch- und Reinigungsmitteln zu fördern;

14. die bessere Gesundheit und die Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee durch Verbesserung von Recyclingverfahren, Schaffung neuer Deponien für kommunale und industrielle Abfälle mit konsequenter Beanspruchung von Land und Beseitigung der obsoleten Lagerung von Pestiziden zu fördern;
15. die Arbeit im Rahmen des trilateralen Projekts "Jahr des Finnischen Meerbusens" zu begrüßen, deren Ziel die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgesundheit der Ostsee vor allem durch Forschungs- und Umweltschutzmaßnahmen ist, die den besseren ökologischen Status des Ökosystems Ostsee fördern;
16. nachhaltige Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung des grünen Wachstums, der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien zu treffen und an die jeweiligen nationalen Bedingungen angepasste verbindliche Energieeffizienzziele zu verabschieden;
17. sich innerhalb der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) aktiv für die Verbesserung der zu einem früheren Zeitpunkt angenommenen technischen Anforderungen in Bezug auf die Energieeffizienz neuer Seeschiffe und die Entwicklung weltweit verbindlicher technischer bzw. betrieblicher Regeln einzusetzen, um die Menge der von den vorhandenen Schiffen ausgestoßenen CO₂-Emissionen zu verringern;
18. die energiepolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum (BASREC) zu unterstützen und die während der BASREC-Ministertagung am 14. und 15. Mai 2012 vereinbarten Verpflichtungen für 2012 bis 2015 umzusetzen, um nachhaltige Energiesysteme in der Region zu entwickeln und die Energiemärkte und die Energieinfrastruktur zu integrieren;
19. die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch die Erschließung erneuerbarer Energiequellen zu vermindern;
20. Bildung, Forschung und Entwicklung zu grünem Wachstum und Energieeffizienz zu fördern und Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, zum Austausch bewährter Verfahren und zur Aufklärung über die ökologischen und ökonomischen Vorteile und Möglichkeiten der Energieeinsparung zu treffen;
21. die Aktivitäten der CBSS Expertengruppe des Ostseerates für nachhaltige Entwicklung "Baltic 21" zu unterstützen, deren Schwerpunkt auf folgenden vier strategischen Bereichen liegt: Klimawandel, nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion, Innovation und Bildung für nachhaltige Entwicklung, nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung;
22. politische Anreize und innovative Finanzprogramme zu schaffen, um Pilotprojekte und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen auf den Weg zu bringen;
23. das grüne öffentliche Beschaffungswesen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung zu fördern und dafür zu sorgen, dass die Standards des grünen öffentlichen Beschaffungswesens gleiche Ausgangsbedingungen für Unternehmen schaffen und nicht zu Wettbewerbsnachteilen für kleine und mittelständische Unternehmen führen;

im Hinblick auf die integrierte Meerpolitik

24. Informationsaustausch, gemeinsame Planungen und die Weitergabe bewährter Verfahren zwischen den Meeresbehörden auszubauen, um den wachsenden Schiffsverkehr in der Ostsee zu bewältigen;

25. Informationstechnologien und elektronische Navigationstechnologien zur Meeresüberwachung in Echtzeit zu entwickeln, um das Schiffsverkehrsmanagement zu verbessern und gemeinsam gegen Havarien gewappnet zu sein;
26. die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt in der Ostseeregion mithilfe geeigneter und gezielter Anreize zu stärken;
27. Forschung und Innovation zu fördern, um Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit im Seeverkehr, Energieeffizienz, Reduzierung von Emissionen, alternative Antriebstechnologien und erneuerbare Energien zu entwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion im globalen Wettbewerb zu stärken;
28. weitere Maßnahmen mit dem Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen makroregionalen Präventions- und Bereitschaftsansatzes gegenüber Katastrophen und Notfällen auf See und an Land durchzuführen und im Hinblick auf die Bekämpfung von Ölleckagen unter Eisbedingungen sowie schlechten Witterungs- und Sichtbedingungen entsprechende Forschungsprojekte zu unterstützen und Technologien zu entwickeln;
29. die Zusammenarbeit mit Seeschiffahrtsunternehmen zu stärken, um das Risiko von Havarien und Grundberührungen weiter zu vermeiden und zu minimieren;
30. die Umsetzung des Drei-Parteien-Projekts "The Gulf of Finland Year 2014" ("Jahr des Finnischen Meerbusens") zu unterstützen, mit dem die gemeinsamen Forschungs- und Schutzbemühungen Finnlands, Estlands und Russlands konsolidiert werden sollen, um die maritimen Ökosysteme der Ostsee zu stärken;
31. den Aufbau eines stärker integrierten Wissensnetzwerks über maritime Fragen (Umwelt, Fischerei, Raumplanung, Schifffahrt usw.) zu unterstützen;
32. die handwerkliche Fischereiwirtschaft zu fördern und die Möglichkeiten für Investitionen in ökologische Formen des maritimen Tourismus zu verbessern;
33. gemeinsame Ziele der maritimen Raumordnungspolitik (unter Einbeziehung der Leitlinien der VASAB) zu erarbeiten;
34. die Entwicklung und Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Ostseeregion zu unterstützen, um die grenzüberschreitende Kriminalität und Sicherheitsbedrohungen auf See zu bekämpfen;

im Hinblick auf die Bereiche Gesundheit, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung

35. das Profil der Bereiche Gesundheit und Soziales auf der regionalen Kooperationsagenda zu schärfen und die Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen öffentliche Gesundheit und Soziales zu unterstützen, um die fortlaufenden Maßnahmen zur Stärkung der Bereiche Gesundheit und Soziales weiterzuverfolgen und dabei die Alterung der Gesellschaft, die großen Belastungen durch nicht meldepflichtige Krankheiten und die Antibiotikaresistenzen zu berücksichtigen;
36. die Ressourcen der älteren Bevölkerung zu berücksichtigen, ihnen den Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und ihre Ressourcen allgemein zu nutzen;
37. eine mittel- bis langfristige Strategie zu entwickeln und diese mit wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterfüttern und dafür zu sorgen,

dass die vorhandenen Programme, die dieses Ziel verfolgen, besser aufeinander abgestimmt werden; Ziel sollte es sein, allen jungen Menschen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen oder eine Mischung aus Beschäftigung und Berufsausbildung nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit anzubieten. Das Arbeitsleben darf nicht mit einer längeren Phase der Arbeitslosigkeit beginnen;

38. eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen vor Ort zu fördern, um Initiativen für die Unterstützung des Übergangs von der Schule in das Arbeitsleben für junge Menschen zu entwickeln;

39. Maßnahmen zur Förderung von Bildung und Berufsausbildung, zur Entwicklung von Fähigkeiten und zum lebenslangen Lernen weiterzuentwickeln, um den Bedarf an Fachkräften zu decken und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, und in diesem Zusammenhang die Nutzung des Konzepts der dualen Ausbildung zu intensivieren und Initiativen auf den Weg zu bringen, um die Chancen für unqualifizierte und arbeitslose junge Menschen, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, zu verbessern;

40. sich für die gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen in den Ländern der Ostseeregion einzusetzen und die Qualität der Berufsausbildung in der Region auf der Grundlage bewährter Verfahren, entsprechender Forschungsergebnisse und des zukünftigen Bedarfs der Gesellschaft zu entwickeln;

41. soweit wie möglich Hindernisse zu beseitigen, die der Mobilität von Arbeitnehmern und Unternehmen entgegenstehen, und zu diesem Zweck die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen und den vorhandenen grenzüberschreitenden Informationszentren aktiv zu unterstützen;

42. das "Baltic Sea Labour Forum" (BSLF) als Plattform für den Erfahrungsaustausch und die Kommunikation zwischen den wichtigsten Akteuren auf den Arbeitsmärkten in der Ostseeregion zu unterstützen und zu fördern und unter anderem auch das BSLF bei der Förderung des sozialen Dialogs, der Drei-Parteien-Strukturen und der Zusammenarbeit als entscheidende Bestandteile des nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen sozialen Entwicklung zu unterstützen;

43. die Zusammenarbeit bei Modernisierung und Innovation zu fördern und sich dabei auf das Wachstum von Schwerpunktbereichen und langfristig auf die Etablierung regionaler Partnerschaften insbesondere in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung zu konzentrieren;

44. mithilfe eines regionalen Direktinvestitionsfonds und aktiver Bildungsmaßnahmen ein Netzwerk für Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Plattform für nachhaltiges Wachstum zu schaffen;

45. die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus an Land und auf dem Meer zu unterstützen; dies schließt die Verbesserung der Mobilität und Zugänglichkeit durch andere Verkehrsmittel, die nicht mit dem motorisierten Individualverkehr in Zusammenhang stehen, und die strikte Regulierung der Nutzung von Schutzgebieten ein;

46. Konzepte für altersgerechte Arbeitsbedingungen und einen besseren Zugang zu lebenslangem Lernen auch für Ältere zu entwickeln;

47. Konzepte zu entwickeln, um besonders benachteiligten Gruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern;

48. Programme für Kommunen im Hinblick auf kommunale Strategien für den Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels zu unterstützen;
49. qualitative Kriterien als Indikatoren für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik zu entwickeln;
50. die Maßnahmen zur Gewinnung umfassenderen Wissens über Art und Umfang neuer Formen des Menschenhandels, z.B. Menschenhandel zum Zweck des Bettelns, zum Zweck der Durchführung von Straftaten wie Diebstahl und Betrug und zum Zweck des Identitätsdiebstahls, zu fördern und die gesetzlichen und operativen Mittel zur Feststellung und Bekämpfung dieser Formen des Menschenhandels zu stärken;

darüber hinaus beschließt die Konferenz,

51. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für die Jahre 2012 und 2013 anzunehmen;
52. dem **Regionalrat von Skåne** den Beobachterstatus zu gewähren;
53. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Estland, die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu auszurichten, mit Dank entgegenzunehmen.

* Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, Grönlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, die Åland-Inseln, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament und der Nordische Rat.



Conference Resolution

Adopted by the 21st Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected legislators from the Baltic Sea States*, assembling in St Petersburg, Russian Federation, 26-28 August 2012,

discussing co-operation in the Baltic Sea Region, environmental health and energy cooperation, a safe and healthy Baltic Sea, and health, social welfare and economic development,

- A. stressing that parliamentary cooperation in the Baltic Sea Region (BSR) contributes to democratic, transparent and inclusive political processes, as well as to practical and positive results in people's everyday life;
- B. commending the close, pragmatic and productive interaction between the Council of the Baltic Sea States (CBSS) and BSPC, including a far-reaching synchronization of political priorities and a continuous exchange at all levels;
- C. appreciate the organization of a first Youth Parliament called "Baltic Sea Youth Session" in Berlin in April 2012 within the framework of the German CBSS Presidency; encourage the following CBSS Presidencies to continue with the organization of those Baltic Sea Youth Sessions and to support a participation of five delegates of this Youth Parliament in the annual BSPC Conferences to include young people into the parliamentary discussion about the future of the Baltic Sea Region,

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU, as well as other organizations, civil society, private sector, communities and NGOs,

Regarding Co-operation in the Baltic Sea Region,

1. to promote interaction and cooperation in the implementation of implementation of the North-West Russia Socio-Economic Development Strategy by the Russian Federation and other overall policies of the Baltic Sea Region, such as the EU Strategy for the Baltic Sea Region and the Northern Dimension
2. to provide continued support to the Northern Dimension policy and its further diversification into new operational branches to involve all stakeholders in the Region on an equal footing and to ensure access to EU projects for all relevant stakeholders where appropriate;
3. to provide stable and long-term resources to CBSS, and to continue to support an ongoing dialogue with BSPC on political priorities as well as operational activities;
4. to provide in due course resources for the full implementation of the SEBA project (Modernization Partnership for the South Eastern Baltic Area), aiming at enhancing cooperation in fields such sustainable development, tourism, public-private partnerships and youth;

5. to encourage a deliberate division of labour between stakeholders in the Region, aiming at strengthening their comparative advantages, synchronizing their priorities, and complementing each other's competencies; cooperative initiatives such as the *"Maritime Joint Event"* in 2011 and 2012 should be promoted as a role model for other subject areas;
6. to promote and protect tolerance, mutual respect and freedom of expression, and to strengthen the human rights throughout the entire Baltic Sea Region and its neighbourhood;
7. to continue efforts towards gradual elimination of obstacles for the movement of persons in the Region in accordance with outcomes of the EU-Russia cooperation in the framework of a visa dialogue, and to pursue the efforts for a gradual phasing out of the visa regime between the EU and Russia, while facilitating as much and as quick as possible visa facilitation for instance for academics, students, researchers, sportsmen, trainees and youth;

Regarding Environmental Health, Energy Cooperation and Energy-Efficient Economy,

8. to ratify, for those states that have not already done so, the Espoo Convention (the EU Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context);
9. to ratify, for those states that have not already done so, the Convention on Ballast waters (International Convention for the Control and Management of Ships' Ballast Water and Sediments of 2004);
10. to fulfill all commitments under the HELCOM Baltic Sea Action Plan, adopted by the Governments of the Baltic Sea Region in Krakow in 2007, aimed at restoring a good environmental status of the Baltic Sea by 2021; to further raising the level of ambition at the HELCOM ministerial meeting at fall 2013 in reducing the outlet of phosphorous and nitrates into the Baltic Sea; and to carry out active efforts to coordinate activities with OSPAR in regard of promoting initiatives to decrease waste from vessels in the Baltic Sea regions and in the North-West Atlantic Ocean and the English Channel;
11. within the framework of improving health and rehabilitating the ecosystem of the Baltic Sea, to carry out work aimed at removing the sewage waste pollution sources in the drainage basin of the Baltic Sea, including the modernization of sewage systems and municipal sewage treatment facilities;
12. to contribute to the introduction of best agricultural practices and technologies in animal waste conversion and poultry farming;
13. to promote the decrease of influx of biogenic substances into the Baltic Sea by means of introducing best agricultural practices and technologies to manage waste from animal farming, including poultry farming, and by gradually decreasing use of polyphosphates in synthetic detergents.
14. to promote better health and rehabilitation of the Baltic Sea ecosystem by improving recycling, creating new landfills for municipal and industrial waste with consequent reclamation of land, and by removing obsolete pesticide storages;
15. to welcome work within the trilateral Project of the Year of the Gulf of Finland, aimed at implementation of a set of measures to improve environmental health of the Baltic Sea, namely through research and environmental protection efforts that promote better environmental status of the Baltic Sea ecosystem;

16. to make sustained efforts to promote and develop green growth, energy efficiency and renewable energy, and to adopt nationally adapted binding targets for energy efficiency;
17. to work actively within the IMO to improve the technical requirements, adopted earlier, in respect of the energy efficiency of new sea vessels and development of globally binding technical and/or operational regulations in order to decrease emissions of greenhouse gases from the existing vessels;
18. to support BASREC (Baltic Sea Region Energy Cooperation) and implement the commitments for 2012-2015 made by the BASREC Ministerial Meeting 14-15 May 2012, in order to develop sustainable energy systems in the region and to integrate energy markets and energy infrastructure;
19. to lessen the dependence on fossilized fuel by exploring renewable energy sources;
20. to promote education, research and development on green growth and energy efficiency, and to take action to disseminate information, exchange best practices and raise awareness of both environmental and economic gains and ways of saving energy;
21. to support activities of the CBSS Expert Group on Sustainable Development – Baltic 21, focused on four strategic areas: climate change, sustainable consumption and production, innovation and education for sustainable development, sustainable urban and rural development;
22. to provide political incentives and innovative financial schemes to initiate pilot projects and investments in energy efficiency measures;
23. to promote green public procurement (GPP) at all levels of public administration, ensuring that GPP standards provide a level playing field for businesses and do not lead to competitive disadvantages for small and medium-sized enterprises;

Regarding Integrated Maritime Policy,

24. to expand information exchange, joint planning and dissemination of best practices between maritime authorities in order to manage the growing vessel traffic in the Baltic Sea;
25. to develop real-time maritime surveillance information and e-navigation technologies in order to improve vessel traffic management and augment the joint preparedness against accidents;
26. to strengthen the competitiveness of clean shipping in the Baltic Sea Region by using appropriate targeted incentives;
27. to promote research and innovation in order to develop competencies in the areas of shipping safety, energy efficiency, emission reductions, alternative propulsion technologies and renewable energies in order to strengthen the competitiveness of the Baltic Sea Region in the global competition;
28. to carry on further actions aiming at developing a joint macro-regional prevention and preparedness approach towards major hazards and emergencies at sea and on land, and to promote research and to develop technologies aimed at oil spills response in ice conditions, as well as in bad weather and visibility conditions

29. to strengthen the cooperation with the shipping companies to further prevent and minimize the risk of accidents and groundings;
30. to support the implementation of the tripartite project "The Gulf of Finland Year 2014", with the purpose of consolidating joint research and conservation efforts of Finland, Estonia and Russia in order to strengthen the maritime ecosystems of the Baltic Sea;
31. to support the build-up of a more integrated marine and maritime knowledge network (environment, fisheries, regional planning, shipping etc.);
32. to promote artisanal fishery and to enhance the opportunities for investing in environmentally friendly kinds of marine tourism;
33. to draft joint objectives in maritime spatial planning policy (taking the VASAB guidelines into account);
34. to promote the development and strengthening cross-border cooperation of the Baltic Sea region in order to counter cross-border crime and security threats at sea;

Regarding Health, Labour Market and Economic Development,

35. to raise the profile of health and social well-being on the regional cooperation agenda; to support the Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being, in order to pursue persistent efforts for improving health and social well-being taking into account ageing society, high burden of non-communicable diseases and antimicrobial resistance;
36. to take the resources of the elderly population into consideration, to allow them to stay on the labour market, and make use of their abilities in general;
37. to develop a medium- to long-term strategy equipped with powerful measures to tackle youth unemployment, and to ensure that existing programmes with this aim are better coordinated; the aim should be to offer each young person a job, an apprenticeship, additional continuing education or a combination of employment and vocational training after a maximum of four months of unemployment. Working life must not begin with a longer period of unemployment;
38. to encourage an intensified cooperation between schools and businesses at local level, in order to develop initiatives for facilitating the transition from school to working life for young people;
39. to further develop measures to foster education, vocational training, skills development and life-long learning, with the aim of meeting the demand for skilled workers and creating new employment opportunities, and in this respect intensify the use of the concept of dual education, and launch initiatives to improve the prospects of long-term employment to unqualified and unemployed young people;
40. to work towards mutual recognition of vocational training in the Baltic Sea Region countries, and to develop the quality of vocational training in the region according to best practices, research results and society's future needs;

41. to reduce as far as possible obstacles to the mobility of labour and enterprises by actively supporting cooperation between the border regions and between the existing cross border information centres;
42. to support and encourage the Baltic Sea Labour Forum (BSLF) as a platform for exchange of experience and communication between the key labour market actors in the BSR, including helping the BSLF in promoting social dialogue, tripartite structures and cooperation as crucial elements of sustainable economic growth and social development;
43. to promote cooperation on modernization and innovation with a focus on cluster growth and, in the long term, on the establishment of regional partnerships particularly on environment and sustainable development;
44. to create a public-private partnership (PPP) network aimed at developing a "Baltic PPP" as a sustainable growth platform with a regional direct investment funds and active educational involvement;
45. to support the development of sustainable tourism on land and at sea, including the improvement of mobility and accessibility by other means than motorized private transports, and a strict regulation of the use of conservation areas;
46. to develop concepts that offer age-friendly conditions at the workplace and better access to life-long learning programs also for the elderly population;
47. to develop concepts aiming to improve the access of particularly disadvantaged groups to the job market;
48. to support programs for municipalities in their strategies for coping with socio-demographic change;
49. to develop quality criteria as indicators of a sustainable employment policy;
50. to promote efforts to gain more extensive knowledge of the nature and scope of new forms of trafficking in human beings such as trafficking for begging, trafficking for criminal activities like theft and fraud, and trafficking for identity theft, and to strengthen legislative and operational means of identifying and combating these forms of trafficking in human beings;

Furthermore the Conference Decides to

51. to adopt the BSPC Work Programme for 2012-2013;
52. to grant Observer status to **Skåne Regional County Council**;
53. to welcome with gratitude the kind offer of the Parliament of Estonia to host the 22nd Baltic Sea Parliamentary Conference in Pärnu on 25-27 August 2013.

*Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Republic of Karelia, Latvia, Leningrad, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, European Parliament, Nordic Council.